
Titel: Kein Platz an der Sonne
Soziale Gerechtigkeit für Kinder und Jugendliche – eine Utopie?

 Pressestatement der Aktion Jugendschutz zur Landesarbeitsstelle Baden-Württemberg
 Jubiläums-Jahrestagung der Aktion Jugendschutz
 20. Juli 2006 in Leinfelden-Echterdingen

Die gesellschaftliche Schere öffnet sich zunehmend zwischen arm und reich, zwischen teilhaben und nicht teilhaben und macht immer mehr Menschen zu „Modernisierungsverlierer/innen“. Einer hochproduktiven und gewinnbringenden Wirtschaft stehen ca. fünf Millionen Arbeitslose, eine steigende Verarmung und die Ausgrenzung wachsender Bevölkerungsteile gegenüber.

Ständig fallen mehr Menschen durch die Maschen des sozialen Netzes und gleichzeitig wird an Hilfsangeboten der Rotstift angesetzt. Diese doppelte Benachteiligung trifft insbesondere finanziell und sozial an den Rand gedrängte Familien, und dabei vor allem Alleinerziehende sowie Bürgerinnen und Bürger mit Migrationshintergrund. Hier gilt unser Augenmerk besonders den Kindern und Jugendlichen.

Sich für Kinder und Jugendliche einzusetzen, bedeutet, dass Kinder- und Jugendschutz auch einen sozialpolitischen Anspruch haben muss. Prävention, die sich lediglich auf das Verhalten Einzelner bezieht, stößt an ihre Grenzen, da Pädagogik immer nur nachrangig zur Politik wirken kann. Die Politik setzt den Rahmen.

Daraus ergeben sich für die ajs folgende Forderungen:

- Die Schaffung einer kinder- und familienfreundlichen Umwelt muss alle Bevölkerungsgruppen einschließen.
- Familien brauchen ausreichend materielle Ressourcen. Nur auf der Basis gesicherter Lebensbedingungen ist Teilhabe möglich und kann Ausgrenzung verhindert werden. Die Spaltung der Gesellschaft darf nicht länger hingenommen oder gar vorangetrieben werden.
- Die Pädagogik muss die Diskussion um Lösungsvorschläge offensiver führen und adäquate strukturelle Rahmenbedingungen einfordern.
- Institutionen der Jugendhilfe und Schule müssen ihre eigene Arbeit sowie ihre Strukturen immer wieder kritisch daraufhin überprüfen, ob sie – wenn auch ungewollt – zur Ausgrenzung bestimmter Kinder und Jugendlicher beitragen.
- Inhalte der Ausbildung müssen neu strukturiert werden. Interkulturelle Kompetenz, Grundsätze von Gewaltprävention, Suchtprävention, Sexualerziehung und Medienkompetenz gehören als Basiswissen in die Ausbildung von Erzieher/innen, Lehrer/innen und Sozialarbeiter/innen.

Für die Aktion Jugendschutz sind die genannten Punkte zentral. Wir vermitteln diese durch entsprechende Öffentlichkeitsarbeit, in unseren Veranstaltungen und Veröffentlichungen sowie durch die Mitarbeit in politischen Gremien und in Fachgremien.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der heutigen Jahrestagung wollen wir fachlich unterstützen, aber auch motivieren, sich in ihren Arbeitsbereichen politisch einzumischen. Dazu bedarf es neben der Fachkompetenz eines langen Atems und es bedarf der Gelegenheit, Utopien und Visionen zu entwickeln.

Prof. Dr. Ursula Pfeiffer
Vorsitzende der Aktion Jugendschutz Baden-Württemberg